Tanja Schwarz aus Ickelheim ist stellvertretende Vorsitzende der Initiative „Etz langts“

Mehr Belastungen zu befürchten

Bad Windsheims Stadtrat soll ein Nachtflug- und Überflugverbot von Wohngebieten beschließen

BAD WINDSHEIM (pm) – Der Kreisverband Neustadt/Aisch-Bad Windsheim ist nun stark im neuen Gesamtvorstand von „Etz langts!“ vertreten. In der Jahreshauptversammlung der Bürgerinitiative gegen den Fluglärm der US-Basen wurden drei Mitglieder des Kreisverbandes in das Vorstandsgremium, Tanja Schwarz, Ickelheim, zur stellvertretenden Vorsitzenden, gewählt.

Die Bad Windsheimer SPD/UB-Stadträtin Petra Negendank und Brigitte Kiesel, ebenfalls aus Bad Windsheim, sind Beisitzerinnen. Vorsitzender ist weiterhin Pfarrer i.R. Hansjörg Meyer aus Rügland, der die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Ansbach und dem nördlichen Nachbarn betonte: „Durch die US-Basen in Ansbach und Illesheim ist der Raum Westmittelfranken ein zusammenhängender Truppenübungsplatz in der Luft. Der massive Truppenausbau in Katterbach hat auch negative Folgen für die ohnehin schon lärmgeplagte Bevölkerung im Kreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim.

Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Mitglieder um 64 auf 186. Davon kommen 39 aus dem Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim. „Wir werden verstärkt deutlich machen, dass eine Militärbasis dieser Form und Größe in unserer dicht besiedelten und wirtschaftlich vom Tourismus und von Kurgästen abhängigen Region nicht vertretbar ist“, erklärte Tanja Schwarz. Die US-Armee solle besser in unbesiedelten Landstrichen der USA üben, etwa in der Wüste Nevada.

Stadträtin Petra Negendank ist derweil gespannt auf die Bad Windsheimer Stadtratssitzung am kommenden Donnerstag. Dort werden Vertreter des Luftwaffenamts aus Köln zu Gast sein. „Ich erwarte Transparenz und klare Antworten etwa auf die Frage, warum Überflüge der Kampfhubschrauber bis zwei Uhr morgens erlaubt sind, obwohl die Nachtruhe in Deutschland um 22 Uhr beginnt.“ Außerdem sei die Häufung der Ausnahmegenehmigungen für Wochenendflüge der US-Helikopter „nicht hinnehmbar“.

Negendank hat zudem den Antrag im Stadtrat eingereicht, die Stadt solle auf ein Nachtflugverbot für die US-Basis Illesheim und ein kategorisches Überflugverbot von Wohngebieten hinwirken. Einen gleichlautenden Beschluss hatte der Ansbacher Stadtrat vergangenes Jahr einstimmig verabschiedet. Seitdem finden sich in Ansbach nach Auskunft der Bürgerinitiative immer mehr Unterstützer für die Wahrung der Interessen der lärmgeplagten Bürger. So hat sich inzwischen der bayerische Städtetag und das bayerische Umweltministerium hinter die Ansbacher Forderungen gestellt.

Sollte Ansbach ein Nachtflugverbot bekommen und Illesheim nicht, befürchtet Petra Negendank noch mehr Belastungen durch Fluglärm und giftige Abgase der Helikopter, weil dann die US-Armee auch mit den Katterbacher Hubschraubern verstärkt im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim üben könnte.

Fränkische Landeszeitung, Ausgabe NEA, 22. 06. 2010